22.06.88

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

Unterstützung der Reformbemühungen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag betont die Notwendigkeit einer besonderen Unterstützung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und begrüßt die Initiative der Bundesregierung. Dieses mit uns befreundete Land steht zur Zeit vor schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen. Gleichzeitig ist es bemüht, die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch weitreichende Reformen der politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu überwinden.

Eine unabhängige und stabile politische und wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Stabilität der Region und Europas insgesamt. Jugoslawien hat als eines der Gründungsmitglieder der Bewegung der Blockfreien und als Mitglied der Gruppe der Neutralen und Nicht-Gebundenen im KSZE-Prozeß einen kaum zu überschätzenden Beitrag zum Abbau der Konfrontation zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd geleistet. Es liegt im gesamteuropäischen Interesse, daß Jugoslawien diese konstruktive Politik fortsetzen kann.

Zur Unterstützung der jugoslawischen Reformanstrengungen ist deshalb eine besondere Initiative der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Gemeinschaft und der hauptsächlichen westlichen Gläubigerländer dringend geboten.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

- noch unter der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG darauf hinzuwirken, daß Jugoslawien in seinen Bemühungen um innenpolitische und wirtschaftliche Konsolidierung unterstützt und die Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der EG intensiviert wird;
- auf der Grundlage des zwischen dem IWF und der jugoslawischen Regierung ausgehandelten Reformprogramms die Unterstützung zu gewähren, die zusammen mit den unverzichtbaren eigenen Anstrengungen des Landes den wirtschaftlichen

Erfolg der Reformen sichert, und bei dieser Initiative möglichst Einvernehmen mit den wichtigsten Gläubigerländern herbeizuführen;

—im Rahmen einer realistischen Umschuldungspolitik berechtigte jugoslawische Anliegen im Pariser Club und im Internationalen Währungsfonds zu unterstützen.

Bonn, den 22. Juni 1988

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion Dr. Vogel und Fraktion Mischnick und Fraktion